



QUEERAMNESTY

RUNDBRIEF DER DEUTSCH-
SPRACHIGEN AMNESTY
INTERNATIONAL-LGBTI-GRUPPEN
AUSGABE NR. 55 / SOMMER 2017

AMNESTY
INTERNATIONAL



Das Symbol und die umgebende Wortwolke zeigen den Platz von intersexuellen Menschen zwischen den Kategorien „Weiblich“ und „Männlich“

Ausgabe Nr. 55/Sommer 2017

Titelthema: Amnesty-Bericht zu Intersexualität
und Menschenrechte

„Indische LGBTQ-Gemeinde
in prekärem Schwebestadium“

Ein Jahr nach den Morden an Xulhaz Mannan
und Mahbub Rabbi Tonoy

Tschetschenien:
Geplagtes Land – gefährdete Homosexuelle

Queeramnesty Berlin in Aktion

ZUM WOHLFART DES KINDES? AMNESTY- BERICHT ZU INTER- SEXUALITÄT UND MENSCHENRECHTEN

In einem aktuellen Bericht dokumentiert Amnesty International Menschenrechtsverletzungen, denen Menschen mit angeborenen Variationen der Geschlechtsmerkmale ausgesetzt sind. Irreversible Eingriffe, die versuchen mehrdeutige Geschlechtsmerkmale im Hinblick auf das binäre Mann-Frau-Geschlechtermodell zu „normalisieren“, sind heute immer noch die Regel – auch in Deutschland. Sie stellen schwere Menschenrechtsverletzungen dar, da sie meist medizinisch unnötig sind und sehr häufig schwere körperliche und psychische Folgen für die Menschen mit sich bringen.

▶ weiter auf der nächsten Seite

„Ist es ein Junge oder ein Mädchen?“ ist oftmals die erste Frage, die frisch gebackenen Eltern gestellt wird. Was passiert, wenn diese Frage nicht so eindeutig zu beantworten ist? Schätzungen ergeben, dass je nach Definition zwischen 8.000 und 120.000 intergeschlechtliche Menschen in Deutschland leben, also Menschen, bei welchen die Frage nach dem Geschlecht mit Blick auf die Geschlechtsanatomie, Hormone und Geschlechtschromosomen nicht eindeutig beantwortet werden kann.

Mit einem intergeschlechtlichen Kind führt der Weg der Eltern unmittelbar in die Welt der medizinischen Vokabeln: Es geht um „Syndrome“, „Fehlbildungen“, „Störungen“, „Leiden“ und „Krankheiten“. Die vielen unterschiedlichen körperlichen Situationen von Intersexualität und anderen Variationen der Geschlechtsmerkmale sind aus der Sicht von Ärzt*innen mit operativen Eingriffen zu behandeln. Das kann z.B. eine Klitorisverkleinerung, eine Vaginalerweiterung, die Konstruktion einer längeren Harnröhre, begrenzte oder lebenslange Hormongaben oder die Entfernung der Keimdrüsen sein (Kastration). Gerade kurz nach der Geburt setzt die „Diagnose“ Intersexualität Eltern unter Druck und führt oft zum Wunsch die Variation der Geschlechtsmerkmale wie eine „Krankheit“ schnellstmöglich „reparieren“ zu lassen. Dabei geben Mediziner*innen auf Nachfrage offen zu, dass die Operationen meistens kosmetischer Natur sind – „ein soziales Rezept“ – medizinisch nur sehr selten notwendig.

Der Grund für diese Eingriffe liegt in der von Ärzt*innen aber auch Eltern empfundenen Notwendigkeit begründet, Kindern ein eindeutiges männliches oder weibliches Geschlecht zuzuweisen, damit sie nicht gemobbt werden, sich in unserer binären Welt nicht „abnormal“ fühlen und um normativen heterosexuellen Geschlechtsverkehr im Erwachsenenalter zu ermöglichen. Dass das primäre Geschlechtsorgan, welches in unserer Gesellschaft sowieso meist verdeckt ist, nicht per se die Geschlechtsidentität der jeweiligen Person definiert, spielt dabei selten eine Rolle. Das „Problem“ scheint für viele Mediziner*innen und Eltern gelöst, wenn das Geschlechtsteil des Kindes „normal“ aussieht.

SCHMERZEN, TRAUMATISIERUNG, UNFRUCHTBARKEIT UND VERLUST DES SEXUELLEN EMPFINDENS ALS FOLGEN VON MEDIZINISCHEN GESCHLECHTSZUWEISUNGEN

Die Operationen werden oftmals durchgeführt, wenn die Kinder noch nicht einwilligen können, da sie zu jung sind. Die Folgen jedoch betreffen ihr ganzes Le-

ben. Die Entfernung von Keimdrüsen führt nicht nur zur Unfruchtbarkeit, sondern macht eine lebenslange künstliche Gabe von Hormonen nötig. Diese haben zahlreiche Nebenwirkungen. Die operativ zugewiesene Geschlechtszugehörigkeit muss nicht mit der Geschlechtsidentität übereinstimmen. Damit wird das Recht von Menschen auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit, ihr Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit sowie auf Selbstbestimmung verletzt. Der UN-Sonderberichterstatter über Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung, Juan Ernesto Méndez, fand in seinem Bericht im Rahmen der 22. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates deutliche Worte: „Kinder, die mit atypischen körperlichen Geschlechtsmerkmalen auf die Welt kommen, werden oft irreversiblen Geschlechtszuweisungen, erzwungener Sterilisierung und erzwungenen genital-normierenden Operationen unterworfen, die ohne ihre informierte Zustimmung oder diejenige ihrer Eltern durchgeführt werden, als Versuch ihr Geschlecht in Ordnung zu bringen, was sie mit dauerhafter, irreversibler Unfruchtbarkeit zurücklässt und schweres seelisches Leiden verursacht.“ „Diese genital-normalisierenden Operationen sind selten medizinisch notwendig, können Narbenbildung, Verlust des sexuellen Empfindens, Schmerzen, Inkontinenz und lebenslange Depressionen verursachen und wurden zudem als unwissenschaftlich, gesundheitsgefährdend und zu Stigma beitragend kritisiert.“

FEHLENDE STUDIEN UND GESCHLECHTERSTEREOTYPEN

Amnesty International stellt dabei fest, dass sich Behandlungsmethoden nicht auf gesicherte Langzeitstudien stützen, oder sich Studien widersprechen. Dabei kann nicht gesagt werden, wie viele Kinder sich mit dem operativ zugewiesenen Geschlecht wohlfühlen, da sie nicht langfristig dazu befragt wurden. Ein Umdenken findet hierbei erst langsam statt. Es gibt auch keine Langzeitstudien dazu, ob mehrdeutige Geschlechtsmerkmale tatsächlich zu Mobbing führen, oder ob mit psychologischer Unterstützung statt medizinischen Eingriffen die Herausforderungen besser oder ebenso gut zu bewältigen sind.

Fest steht, dass diese Eingriffe häufig Geschlechterstereotypen folgen, wie der Maßgabe, dass Jungen im Stehen Pinkeln müssten, oder dass Frauen immer eine Vagina haben, die für heterosexuellen penetrativen Geschlechtsverkehr geeignet ist. Nach internationalem Recht sind die Staaten verpflichtet, gegen schädliche Geschlechterstereotype vorzugehen; entsprechend sind auch Institutionen und Fachkräfte im Gesundheitsbereich verpflichtet, Stereotype zu bekämpfen.

INFORMATIONSMANGEL UND FEHLENDE UNTERSTÜTZUNG

Viele der von Amnesty International interviewten Eltern von Kindern mit Variationen der Geschlechtsmerkmale gaben an, dass man ihnen nicht genügend Informationen zur Verfügung gestellt habe, um eine informierte Entscheidung über die geplanten medizinischen Eingriffe zu fällen. Menschen mit Variationen der Geschlechtsmerkmale berichten nach wie vor über unzulängliche psychosoziale Unterstützung. Dasselbe gilt für die Eltern der Kinder.

Dabei sind die Entscheidungen über medizinische Eingriffe bei intergeschlechtlichen Variationen sehr stark abhängig von den Informationen und den verschiedenen Alternativen, die Ärzt*innen den Patient*innen und deren Eltern bieten.

DIE HAUPTFORDERUNGEN VON AMNESTY INTERNATIONAL

Amnesty International empfiehlt die Praxis medizinisch unnötiger Genitaloperationen und Hormonbehandlungen an Säuglingen und Kindern, die Variationen der Geschlechtsmerkmale aufweisen, einzustellen. Neben Schulungen für Fachpersonal muss unbedingt der Zugang zu psychosozialer Unterstützung für Kinder und Erwachsene mit Variationen der Geschlechtsmerkmale erleichtert werden. Dies gilt auch für die Eltern. Personen, die als Kinder unnötigen Behandlungen unterzogen bzw. ohne ihre Zustimmung behandelt wurden, ist eine Entschädigung oder anderweitige Wiedergutmachung anzubieten.

Weitere Informationen → www.queeramnesty.de

„HEUTE BEFINDET SICH DIE INDISCHE LGBTQ-GEMEINDE IN EINER ART PREKÄREM SCHWEBEZUSTAND“

2013 machte eine Entscheidung des obersten Verfassungsgerichts in Indien internationale Schlagzeilen, die ein bahnbrechendes Urteil rückgängig machte, das 2009 von einer niedrigeren Instanz in Delhi getroffen worden war und einvernehmlichen gleichgeschlechtlichen Sex zwischen Erwachsenen entkriminalisiert hatte. Wir sprechen mit der indischen Menschenrechtsverteidigerin Alina Tiphagne über die aktuelle Situation von LGBT-Menschen in Indien.



Die LGBT-Aktivistin Alina Tiphagne

Queeramnesty: Wie sieht derzeit die Situation der LGBTQ-Gemeinde in Indien aus, insbesondere im Hinblick auf die Entscheidung des Verfassungsgerichts von 2013?

Alina Tiphagne: [...] Der Beschluss des Verfassungsgerichts hatte zur Folge, dass Homosexualität im gesamten Land kriminalisiert wurde. Um es mit einfachen Worten zu sagen, gelten alle Homosexuelle in Indien als kriminell.

Allerdings hatte das Verfassungsgericht in seinem Urteil kategorisch erklärt, dass die Angelegenheit im Parlament verhandelt werden müsse, um eventuelle Verwirrungen aufzuklären. Seitdem ist das Gesetz im Parlament zweimal zur Sprache gekommen und beide Male abgewehrt worden, da eine überwältigende Zahl von Parlamentsmitgliedern gegen dessen Einführung gestimmt hatte. Der südindische Bundesstaat Kerala wird wahrscheinlich der erste Bundesstaat im Land

sein, der einen Änderungsantrag bezüglich des Paragraphen 377 durchbringen wird. In einem kürzlich geführten Interview hat der Justizminister von Kerala bestätigt, dass ein Gesetzesentwurf in Vorbereitung sei und bald eine entsprechende Vorlage eingebracht werde.



LGBT-Aktivist*innen bei der Delhi Pride-Parade, 2015

In den letzten Jahren hat sich die Situation der LGBTQ-Gemeinde in Indien erheblich verschlechtert. Laut einem kürzlich erschienenen Bericht in der Zeitung "The Sunday Guardian" wird der Paragraph 377 missbraucht; so seien in den Jahren 2015 und 2016 in Delhi insgesamt fast 100 Personen von der Polizei aufgegriffen worden, nachdem man „herausgefunden“ habe, dass diese sich an homosexuellen Handlungen „beteiligt“ hätten, wie die Zeitung schreibt. Allerdings liege die Verurteilungsrates in solchen Fällen in einem sehr niedrigen Bereich, so die Einschätzung von Rechtsanwält*innen, da die Staatsanwaltschaft solche Handlungen nur schwer beweisen könne.

Die indische LGBTQ-Gemeinde lebt in ständiger Angst, da wir durch das Gesetz angreifbar sind. Unsere Rechte und Entscheidungsfreiheit werden nicht respektiert; die Polizei schikaniert uns, die Gesellschaft blickt auf uns herab, und in den meisten Fällen werden die Mitglieder unserer Community von ihren Familien verstoßen. Nachdem der Delhi High Court im Jahr 2009 den Paragraphen 377 gestrichen und Homosexualität entkriminalisiert hatte, outeten sich mehrere Menschen in der Hoffnung und im Glauben, sie hätten das Gesetz auf ihrer Seite. Diese Zwischenphase erlaubte es der LGBTQ-Gemeinde zudem, sich zu organisieren, Unterstützer- und Selbsthilfegruppen, telefonische Anlaufstellen, Crowdsourcing-Projekte und ähnliches zu gründen. Sogar Familien waren in dieser Zeit bereit, ihre Kinder zu akzeptieren.

All das änderte sich jedoch beinahe schlagartig, als das Oberste Gericht das Urteil des Delhi High Court

kippte: Die Stimmung in der Arbeitswelt wurde wieder feindselig, und die Sicherheit zahlreicher Mitglieder der LGBTQ-Gemeinde war gefährdet. Viele Menschen, die sich mit gewalttätigen Übergriffen, Vergewaltigung, körperlicher und psychischer Belästigung konfrontiert sahen, fanden sich in einer Situation wieder, die es ihnen nicht erlaubte, sich an die Behörden zu wenden, um Anzeige zu erstatten. Familien fingen wieder an, ihre „unnatürlichen“ Söhne und Töchter zu verstoßen, was dazu führte, dass mehrere junge Paare von zu Hause wegliefen. Einige begingen sogar Selbstmord.

Queeramnesty: Wenn du auf die vergangenen zehn Jahre zurückblickst, wie hat sich die Situation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans*menschen verändert?

Alina Tiphagne: Heute befindet sich die indische LGBTQ-Gemeinde in einer Art prekären Schwebestand. Obwohl die Leute heutzutage eher bereit sind, sich zu outen als früher, leben sie trotzdem in ständiger Angst vor einem plötzlichen, harten Durchgreifen der Regierung gegenüber Homosexuellen. Wenn es so weit käme, dann wären wir in großen Schwierigkeiten. Viele von uns führen weiterhin ein offenes Leben und weigern sich, ihre Homosexualität erneut zu verbergen, was aber dazu führt, dass wir den Reaktionen der Gesellschaft viel zu sehr ausgesetzt sind. Allerdings wäre es falsch zu behaupten, die Situation hätte sich überhaupt nicht verändert. Die LGBTQ-Gemeinde hat nämlich in der jüngeren Vergangenheit erlebt, dass sie in der Öffentlichkeit wesentlich realistischer dargestellt wird als vorher. Theaterkünstler*innen und -regisseur*innen etwa nutzen die Bühne, um den Paragraphen 377 und damit eine Situation, in der die Menschenrechte einen immer kleineren Raum einnehmen, in Frage zu stellen und dagegen zu protestieren. 2016 sind zwei erfolgreiche Bollywood-Filme erschienen, die [...] schwule Identitäten positiv darstellen. [...]

Auch einige Fotograf*innen haben ihre Objektiv auf die Community gerichtet. Sie versuchen auf visuelle Weise, was hunderte andere mit Worten tun: protestieren, Widerstand leisten, nach Gleichberechtigung verlangen, und nach der Freiheit zu lieben, wen man möchte. [...]

Nach meinem Coming-out 2013 wendete ich mich der Fotografie als künstlerisches Mittel zu, um meiner eigenen Identität bewusster zu werden. [...] 2009, im ersten Semester in der Graduate School in Bangalore, nahm ich erstmals meinen Mut zusammen und lief bei meiner ersten Pride-Parade mit. Ich weiß noch, dass ich mit einem Freund am Rande der Parade mitlief, denn wir hatten beide zu viel Angst, zusammen mit den Mitgliedern der Community zu laufen. Nachdem ich mich bei meinen Eltern geoutet hatte, brauchte ich

fast ein Jahr, bis ich es schaffte, mich als Lesbe in der Öffentlichkeit, am Arbeitsplatz und sogar gegenüber meinen Freund*innen zu bekennen. Plötzlich fühlte ich mich, als ob jemand ein schweres Gewicht von meinen Schultern genommen hätte. Ich bin meinen Eltern und meiner Schwester dankbar, dass sie mir unaufhörlich Kraft und Unterstützung geben – mehr hätte ich mir nicht wünschen können. 2013 zog ich nach Delhi und habe seither keine Gelegenheit ausgelassen, um Teil der LGBTQ-Gemeinde zu sein. Ich war bei fast jeder Veranstaltung und fast jeder Demonstration dabei, die von der Community organisiert wurden. Ich nahm an Protesten teil, an Bücher- und Dichterlesungen, Empowerment-Veranstaltungen, Tagungen, Diskussionen und Benefizveranstaltungen. Drei Jahre in Folge fotografierte ich ausgiebig auf der Schwulenparade. In dieser Zeit ist mir aufgefallen, dass immer mehr Community-Mitglieder bereit sind, sich vor der Kamera zu zeigen, und immer weniger Leute verstecken sich hinter einer Maske. Viel mehr als früher wollen die Leute gesehen und gehört werden, und dass ihre Namen

unter den Fotos stehen. Das gibt mir Hoffnung und Zuversicht, dass die Community langsam aus dem Schneckenhaus herauskommt und bereit ist, beim Kampf für ihre Rechte und Freiheiten größere Risiken auf sich zu nehmen.[...]

Meiner Meinung nach ist momentan für homosexuelle Menschen in Indien eine aufregende Zeit. Denn obwohl man einerseits als kriminell eingestuft wird und in ständiger Angst vor Verfolgung, Belästigung, Vergewaltigung oder Übergriffen lebt, ist andererseits eine wachsende Bewegung entstanden; eine Wut, die sich zusammenbraut, eine Kampfbereitschaft wie einst beim Stonewall-Aufstand, eine Revolution, die von jedem Coming-out und jeder geteilten Geschichte lebt.

Indem ich meine Geschichte mit anderen teile, will ich meinen Teil dazu beitragen, dass mehr Menschen ermutigt werden, ihre eigene zu erzählen.[...]

Übersetzung: Jan Schwab

Lest das komplette Interview auf der Website

→ www.queeramnesty.de

EIN JAHR NACH DEN MORDEN AN XULHAZ MANNAN UND MAHBUB RABBI TONoy

2016 wurden zwei LGBT-Aktivist*innen in Dhaka, Bangladesch ermordet. Was diese Morde für die LGBT-Community bedeuten, erzählt Ta*, LGBT-Aktivist in Bangladesch.

„Ich werde wahrscheinlich nicht mehr länger kommen können. Ich habe Angst. Du musstest von einem Ort zum anderen fliehen aus Furcht, dass die Extremisten dich abschlachten. Wenn so etwas noch einmal passiert, habe ich nicht mehr die Kraft oder Fähigkeit, solche Sachen wie du zu tun“. Ich habe im vergangenen Jahr viele solcher Nachrichten von LGBT-Mitstreiter*innen (Lesbisch, Schwul, Bisexuell und Trans*) in Bangladesch erhalten. Am 25. April, wurden Xulhaz Mannan und Mahbub Rabbi Tonoy gnadenlos durch Extremisten getötet, weil sie sich für LGBT-Rechte in Bangladesch eingesetzt haben – seitdem ist nichts mehr so wie vorher.

Es war ein ganz gewöhnlicher Nachmittag in Dhaka und mein Freund Xulhaz war gerade von der Arbeit heimgekehrt. Er saß mit Tonoy und einem anderen Freund zusammen in ihrer Wohnung und sie sprachen über Bedrohungen und Dinge, die sie tun mussten,

um sich zu schützen. Dann klingelte es an der Tür. Ein Mann sagte, dass ein Paket auf sie warten würde. In diesem Moment stürmte eine Gruppe von mit Macheten bewaffneten Männern in die Wohnung und ermordete Xulhaz und Tonoy brutal. Augenzeug*innen berichteten später, dass sie aus der Wohnung Schreie und Rufe wie „Nara e takbeer – Allahu akbar [Gott ist groß]“ hörten. Überall in der Wohnung, die zuvor ein Ort für unsere kreativen Ideen und Gedanken war, gab es dickes rotes Blut und die Fußspuren der Mörder. Seitdem ich diese Beschreibung von einem Freund hörte, sitzt ständig ein dunkles und hässliches Tier namens „Furcht“ mit scharfen glänzenden Krallen auf meinem Oberkörper.

In der Nacht nach den Morden konnte ich nicht schlafen, außerdem fühlte ich mich nicht sicher genug, um nach Hause zu gehen. Alles war dunkel und

ich konnte eine Stecknadel fallen hören. In dieser Nacht versteckte ich mich irgendwo und ich konnte die Katzen auf dem gewellten Eisendach laufen hören. Das Geräusch ihrer weichen Pfoten fühlte sich an wie eine Machete schwingender Extremist, der kommt um mich zu holen. Viele von uns hatten sofort Verstecke aufgesucht. Im vergangenen Jahr mussten wir von Ort zu Ort ziehen – von unheimlichen Hotels zu unbekanntem Apartments, zu gemeinsamen Freund*innen oder in ein anderes Land. Mit und ohne meinen Partner musste ich im vergangenen Jahr acht Mal den Ort wechseln. Für mich hat sich die Definition von Zuhause und Heimat sehr verändert in den vergangenen 12 Monaten – ich habe begonnen mich zu fühlen, als hätte ich kein Zuhause mehr.

Die Polizei bedrängt regelmäßig LGBT-Menschen in Bangladesch und ich habe schnell gemerkt, dass ich sie nicht um Schutz bitten kann. Tatsächlich wusste ich, dass ich jederzeit von der Polizei hätte eingesperrt werden können als Teil der „Untersuchung“. Und sobald ich in ihrem Büro bin... (Lasst uns nicht darüber reden, damit der Rest der Welt nichts über die grauenvollen Details der so genannten Polizei-Verhöre erfährt.)

Wir LGBT-Aktivist*innen leben schon lange mit Bedrohungen, aber nach den Morden sind sie unheilvoller geworden. Sofort kamen mehr Drohbriefe an. Wir mussten entkommen. Viele wollten ihrem eigenen Leben entkommen. In einem Jahr brachte die Furcht viele meiner Freund*innen dazu ihr Heimatland zu verlassen, wahrscheinlich für den Rest ihres Lebens. Wenn ich mit ihnen spreche, möchte ich sie immer fragen, wann sie glauben, dass sie nach Hause zurück kommen – ich möchte sie von Angesicht zu Angesicht sehen, so wie es früher war. Aber ich frage nicht und ich werde es niemals tun. Sie wollen nicht zurückkommen.

Einige von uns bekannten Aktivist*innen suchten sofort nach den Morden Schutz in zwei geheimen Unterkünften. Aus offensichtlichen Gründen konnten wir diese nicht verlassen. Wir durften die Fenster nicht öffnen, wir durften uns ihnen nicht einmal nähern. Das Leben dort für zwei Monate in extremer Unsicherheit

und mit wenig, was mein Denken beschäftigte, machte mich verrückt. Es war ein seltsames Gefühl – zu seltsam um es in Worte zu fassen.



Großer Kontrast zu den Ermordungen von LGBT-Aktivist*innen 2016: Eine Gruppe demonstriert für LGBT-Rechte während des bengalischen Neujahrsfestes, Pahela Baishakh in Dhaka, 2015

Vier Tage nach den Morden veröffentlichte Ansar al-Islam (eine bewaffnete Gruppe in Bangladesch, die behauptet mit al-Qa'ida in Indien verbunden zu sein) eine Erklärung, in der die Gruppe die Verantwortung für die Taten übernahm. Kurz danach sagte der Innenminister Asaduzzaman Khan Kamal: „Unsere Gesellschaft erlaubt keine Bewegungen, die unnatürlichen Sex fördern“. Wie in den Fällen der seit 2013 ermordeten säkularen Blogger*innen, scheint die Regierung offiziell andeuten zu wollen, dass wir selbst für diese Situation verantwortlich wären.

Törichterweise dachte ich, dass die Mörder innerhalb von sechs Monaten verhaftet würden. Stattdessen ist sehr wenig passiert. Am 10. Januar 2017 versäumte die Polizei ihre neunte Deadline für die Einreichung eines Untersuchungsberichts zu den Tötungen.

In der Community sind unsere Aktivitäten zum Erliegen gekommen. Die Wenigen von uns, die nicht das Land verlassen haben, fürchten sich zu sehr, um sich zu organisieren. Es ist frustrierend, dass der ganze erreichte Fortschritt der LGBT-Community in Bangladesch um mehrere Jahre zurückgeworfen wurde. Wenn ich jetzt versuche mit meinem alltäglichen Leben hier in Dhaka klarzukommen, ist meine größte Herausforderung die Selbstzensur. Ich musste alle meine Interviews, Blogs, Artikel und Spuren meines Aktivismus entfernen. Ich musste meine Mobilfunknummer ändern. Mir wurde geraten weder Facebook, Instagram, Twitter noch andere Plattformen zu nutzen, die meinen Aufenthaltsort verraten könnten.

Manchmal auf meiner Couch sitzend, streichele ich meine Katze. Aus Behaglichkeit schließt sie ihre Augen und gibt vor zu schlafen. Die ganze Welt ändert sich schnell, aber wie meine Katze handeln wir so, als würden wir die Veränderungen nicht sehen.

Was mich trotzdem motiviert bleiben lässt, ist unsere Superkraft mit neuen Realitäten klarzukommen. Ich denke immer noch über Pläne für uns nach, die mir Hoffnung geben: Start-Ups, Crowd Funding, Journalis-

mus von Bürger*innen, Audio Blogs und so weiter. Aber wir brauchen Unterstützung, um dorthin zu gelangen. Am Jahrestag der Morde könnten die Behörden endlich alles tun, was in ihrer Macht steht, um die Mörder vor Gericht zu bringen. Das wäre ein kleiner Schritt um Xulhaz Mannan und Mahbub Rabbi Tonoy Ehre zu erweisen.

**Ta ist ein Pseudonym. Der Name wurde geändert, um den Autor zu schützen.*

TSCHETSCHENIEN: GEPLAGTES LAND – GEFÄHRDETE HOMOSEXUELLE

Die aktuellen Vorkommnisse von verfolgten vermeintlich homosexuellen Männern in Tschetschenien haben ihren Hintergrund auch in der gewalttätigen Geschichte des Landes.

Tschetscheniens Geschichte ist geprägt durch Invasionen nachbarlicher Reiche (arabisch, persisch, osmanisch, russisch) oder Völker (Skythen, Mongolen).

Während des 13. und 14. Jahrhunderts zerstörten und töteten Mongolen und noch heute wird der erfolgreiche Widerstand gegen diese Invasion als eines der wichtigsten Ereignisse in Tschetscheniens Geschichte betrachtet, wie sich auch in der modernen Folklore des Landes zeigt.

Ivan der Schreckliche (1530 – 1584) hat mit Hilfe der Kosaken die russische Grenze nach Süden verschoben und die nächsten drei Jahrhunderte waren durch bewaffnete Konflikte zwischen dem persischen Kaiserreich, dem osmanischen Sultanat und dem zaristischen Russland gekennzeichnet, wobei Russland 1722/23 große Teile des Kaukasus erobert hatte. Auch die „Rivalität“ innerhalb des Islams spielt eine Rolle: die Osman*innen/Türk*innen waren/mehrheitlich Sunnit*innen, wogegen in Persien vor allem Schiit*innen leben. Heute sind viele Tschetschen*innen Sunnit*innen.

Während des Zweiten Weltkriegs wurden die Tschetschen*innen – wie viele andere – der Kollaboration mit dem Deutschen Reich beschuldigt und massenweise deportiert. Sie durften erst unter der Regierung Chruschtschows in den 1950er Jahren zurückkehren.

Abspaltungstendenzen zur Zeit des Untergang der UdSSR führten 1991 zu einem vom tschetschenischen Politiker und sowjetischen Ex-General Dudayev angeführten Staatsstreich gegen die Regierung.

Daraufhin überfiel Russland 1994 Tschetschenien und nahm im März 1995 die Hauptstadt Grozny ein. Die tschetschenischen Kämpfer wurden in die Bergen

gedrängt und führten einen Guerillakrieg. Der Konflikt endete 2000 mit dem Verbleib Tschetscheniens im russischen Staatsverband.

Die tschetschenischen Behörden der Nordkaukasus Republik, die Teil der Russischen Föderation ist, kontrollieren fast jeden Schritt der Bevölkerung und jede Form von Dissens oder Widerstand wird hart unterdrückt. Menschenrechtsverteidiger*innen, Medienarbeiter*innen und politische Aktivist*innen, die die Führung und die Politik kritisieren, sind oft Bedrohung, Belästigung und physischer Gewalt ausgesetzt.

In Tschetschenien sind sogenannte „Ehren-Morde“, sehr verbreitet. Männer, die die Familien-Ehre durch Homosexualität „besudeln“ oder bei denen es vermutet wird, haben ein reales Risiko, von Familienmitgliedern getötet zu werden. Die Täter*innen werden oft nicht verurteilt und auch Videos mit gewalttätigen Inhalten im Internet bedrohen schwule Aktivist*innen.

Am 1. April 2017 berichtete die unabhängige russische Tageszeitung Novaya Gazeta, dass Hundert vermeintlich schwule Männer im Rahmen einer koordinierten Kampagne entführt worden seien. Die Männer sollen gefoltert und misshandelt worden sein und wurden gezwungen, andere ihnen bekannte LGBT preiszugeben. Novaya Gazeta gibt an, bestätigte Informationen über mindestens drei Männer zu haben, die von ihren Entführern getötet wurden.

Besuchen Sie unsere Webseite:

➔ www.queeramnesty.de für mehr Informationen, Aktionen und Protestbriefe.

C. de la Motte-Sherman

QUEERAMNESTY BERLIN IN AKTION

In dieser Nacht waren Schnaps, Lutscher, leuchtende Armbänder und Amnesty Kerzen-Tattoos im ganzen SchwuZ-Club zu finden! Am 25. Februar organisierte Queeramnesty Berlin zwei Infostände bei der L-tunes Party mit dem Thema Drag. Menschen aus aller Welt waren mehr als glücklich Petitionen zu unterzeichnen, zu spenden, aber auch ihre Erfahrungen und Sorgen zu aktuellen Ereignissen zu teilen. Wir ließen sie nicht mit leeren Händen gehen und sie haben uns über 350 Unterschriften zur Unterstützung des damals in Haft sitzenden türkischen LGBTI-Aktivistin Barbados Sansal und queeren Geflüchteten in Zentralamerika hinterlassen. Das Amnesty-Team hatte natürlich wie immer eine Menge Spaß beim Unterschriften sammeln und danach.

Sonja Teofilovic

© beide Bilder: Queeramnesty Berlin

BEZIRKSGRUPPE BERLIN

Stephan Cooper, Tel: 030/796 28 74 oder 0179 / 679 36 78
kontakt@queeramnesty-berlin.de | www.queeramnesty-berlin.de

BEZIRKSGRUPPE FREIBURG

queer@amnesty-suedbaden.de

BEZIRK FRANKFURT/M.

Burkhardt Riechers
Tel: 0175/520 73 76 | burkhardt.riechers@t-online.de

BEZIRKSGRUPPE HAMBURG

info@queeramnesty.hamburg
www.queeramnesty.hamburg

BEZIRKSGRUPPE HANNOVER

queer@amnesty-hannover.de

BEZIRKSGRUPPE KARLSRUHE

queer@amnesty-karlsruhe.de
www.queer.amnesty-karlsruhe.de

BEZIRKSGRUPPE KÖLN

Judith Kopka | koeln@queeramnesty.de
www.queeramnesty-koeln.de
https://m.facebook.com/queeramnesty.koeln/

BEZIRKSGRUPPE LEIPZIG

queeramnesty.leipzig@gmx.de

BEZIRKSGRUPPE MÜNCHEN

Flu Bäurle, Tel: 0176 / 77 51 73 01
muenchen@queeramnesty.de

ÖSTERREICH

A-WIEN

Queeramnesty Österreich | Moeringgasse 10 | 1150 Wien
Tel: 0043 1 7 80 08 | Fax: 0043 1 7 80 08 44 | queer@amnesty.at
www.queeramnesty.at

SCHWEIZ

CH-BERN

Queeramnesty | Postfach | CH-3001 Bern
info@queeramnesty.ch | www.queeramnesty.ch

Bitte helfen Sie uns
Kosten zu sparen, und
abonnieren Sie den
Rundbrief als PDF
Schreiben Sie uns einfach
eine Nachricht an:
rundbrief@queeramnesty.de

POSTANSCHRIFT

QUEERAMNESTY Themenkoordinationsgruppe | Amnesty International e.V.
Zinnowitzer Straße 8 | 10115 Berlin

GRUPPENSPRECHER

Rupert Haag, info@queeramnesty.de

SPENDENKONTO

Amnesty International, Stichwort: "Spende Gruppe 2918"
Bank für Sozialwirtschaft Köln, BIC: BFSWDE33XXX
IBAN : DE23 3702 0500 0008 0901 00

IN KOOPERATION MIT

Amnesty International Schweizer Sektion, Gruppe Queeramnesty
Spendenkonto: Postkonto 82-645780-9

Amnesty International Österreich, Gruppe Queeramnesty
Spendenkonto: AI Österreich
PSK 1.030.000, BLZ 60.000, Verwendungszweck: Netzwerk LGBTI-Rechte

Chefredaktion: Colin de la Motte-Sherman (V.i.S.d.P.)

Redaktionelle Mitarbeit: Claude Beier

Layout: Claudia Becker

Druck: DRUCKSTUDIO, Werbeagentur der Druckhaus Frankfurt GmbH,
Lindenallee 30, 15890 Eisenhüttenstadt

Auflage: 4.000 Exemplare

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von
Amnesty International oder der Redaktion wieder.